

Die Dogmatik der Kommunalwirtschaft
zwischen national- und europäisch-normativer Konzeption
von
Jan Peters

Inhalt

Die Diskussion um die Frage nach der Legitimität wirtschaftlicher Betätigung der Städte und Gemeinden ist so alt wie die kommunale Wirtschaft selbst und Gegenstand einer Vielzahl von Veröffentlichungen. Die aktuelle Herausforderung liegt insbesondere darin, das dogmatische Spannungsfeld zu lösen, in dem sich die Kommunalwirtschaft zwischen den Vorgaben des nationalen (Verfassungs)rechts und jenen des europäischen Rechts befindet.

Die Arbeit stellt die „freiheitliche“ Konzeption des Grundgesetzes über die Untersuchung des Erfordernisses eines „öffentlichen Zwecks“ kommunalwirtschaftlicher Aktivität und des sog. „Örtlichkeitsprinzips“ in einem ersten Teil, dem „gleichheitlichen“ Wettbewerbssystem des Unionsrechts in der Fassung des Lissabon-Vertrages in einem zweiten Teil, gegenüber und zeigt, dass die jeweiligen Regelungsebenen einander dogmatisch erheblich entgegenstreben. Dieser Konflikt der Systeme, der Ausgleich der widerstreitenden Interessen, wird mit Hilfe einer Prinzipien orientierten Abwägung gelöst, in die u. a. die thematisch einschlägigen Neuerungen des Lissabon-Vertrages als Argumentationsstoff eingestellt werden.